



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/65

17. März 1950

Gefährliche Schwäche

sp. Seit einiger Zeit taucht der Begriff der "Saal-Schlacht", jenes Wort, das in der Zeit des wachsenden Nationalsozialismus wie kein anderes den gefährlichen Weg zum Ende der Demokratie kennzeichnete, immer häufiger in den Zeitungen auf.

In Essen wurde eine Versammlung der Deutschen Partei abgebrochen, weil eine Saalschlacht entstanden war und in Wiesbaden kündigte der Landesleiter der NDP, Karl-Heinz Priester, nach einer gesprengten Versammlung einen organisierten, mit Knüppeln bewaffneten Saalschutz an. Er könne nicht garantieren, ob es Tote geben werde, jedenfalls würden die Fetzen fliegen, wenn er noch einmal gestört würde. In Flensburg wird augenblicklich eine Truppe von 200 Mann zum Saalschutz-Einsatz systematisch geschult. Vorgänge dieser und ähnlicher Art könnte man zu Dutzenden zusammenstellen. Man braucht nicht zu Übertreibungen zu neigen, wenn man sagt, dass sich hier erste Symptome eines bürgerkriegsähnlichen Zustandes zeigen.

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy hat vor einiger Zeit seiner Regierung einen Bericht über Deutschland vorgelegt, in dem er seiner ernsten Besorgnis über die rapide Entwicklung des extremen Nationalismus in Deutschland Ausdruck gab. Und in der Tat ist es so, dass die Nationalisten von Schlage der Dorls und Remer, der Richter, Feitenhansl und Hedler jetzt offenbar glauben, dass der Zeitpunkt für eine Kraftprobe schon gekommen sei. Solchen Entwicklungen kann man nicht früh und nicht entschieden genug entgegentreten. Der Anschauungsunterricht, den die Zeit vor dem Jahre 1933 geliefert hat, macht es unverständlich, dass man heute unter erschwerten und vielleicht gefährlicheren Umständen, von gewissen Seiten nur zögernd und man möchte sagen mit halbem Herzen an die Dinge herangeht.

Dass das so ist, zeigte besonders deutlich der Verlauf der

Bundesratssitzung am Donnerstag bei der Behandlung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes über Massnahmen gegen die Feinde der Demokratie und der andere damit eng zusammenhängende Entwurf über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. In diesem Gesetzentwurf wird festgestellt, dass "aus Überzeugung geleisteter Widerstand gegen das nationalsozialistische Terror-Regime und gegen den Krieg" als nicht rechtskräftig erklärt werden soll.

Dem Justizminister geht eine solche Fassung zu weit. Und hier trat die Grenze zwischen den beiden Grundauffassungen im Bundestag besonders klar zutage.

Die sozialdemokratische Auffassung geht davon aus, dass aller Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seinen Krieg rechtmässig erfolgt sei. Nach der Auffassung der bürgerlichen Parteien würde man mit einer solchen These an den Fundamenten des Staates überhaupt rütteln. Das aber hiesse dem nationalsozialistischen Regime Rechtscharakter verleihen und den Widerstandskämpfern auf der anderen Seite die rechtliche und moralische Basis ihrer Handlungen entziehen.

Die dilatorische und schwächliche Behandlung des ganzen Problems, das für die Zukunft der deutschen Demokratie entscheidend wichtig ist, durch die bürgerlichen Parteien, ist leider mehr als eine unerfreuliche und aus irgend welchen misslichen Sonderumständen erklärbare Einzelercheinung. Sie ist ein Symbol dafür, dass man die Grösse der drohenden Gefahr nicht erkennt und - vielleicht auch nicht immer erkennen will.

- o - o -

Um die Gemeindeverfassung.

sp. Am 1. und 2. April 1950 findet in Duisburg eine Tagung des kommunalpolitischen Ausschusses der SPD mit den sozialdemokratischen Innenministern und Vertretern der Parteibezirke statt. Zur Beratung stehen die Grundsätze der Gemeindeverfassungen, über die Innenminister Menzel, Nordrhein-Westfalen und Innenminister Baczowski, Niedersachsen referieren werden. Zum beamtenpolitischen Programm der SPD werden Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Schmidt und das Mitglied des DGB-Vorstandes, Hans Böhm, Stellung nehmen.

- o - o -

2/4/65

- 3 -

17. März 1950

Rom greift an

Von unserem Mitarbeiter in Südamerika P. Haupt

Die Tatsache, dass der Vatikan nach langen Jahren wieder beginnt, direkt auf die Innenpolitik in den lateinamerikanischen Staaten Einfluss zu nehmen und versucht, den Katholiken eine bestimmte politische Haltung als kirchliche Pflicht vorzuschreiben, ist nicht zu übersehen. Sie fand ihren Ausdruck vor allem in zwei hochoffiziellen Schreiben, die sich mit Entwicklungen und Ereignissen in Kolumbien und Chile befassten.

Jene beiden so bezeichnenden Interventionen waren die folgenden: Im November 1949 ging eine Mahnung an die Columbianer, den blutigen Bürgerkrieg zwischen Liberalen und Konservativen einzustellen, da nunmehr - es war nach einer Präsidentenwahl - die "Demokratische" Entscheidung darüber, wer als Präsident die Geschicke des Landes für die nächsten Jahre zu leiten habe, gefallen sei. Dass die Wahl unter einem vollkommenen Polizeiterror der konservativ-katholischen Regierung stattgefunden habe, dass die Liberalen ihren Kandidaten zurückziehen mussten, erwähnte der päpstliche Aufruf nicht. Auch nicht, dass der so gewählte Präsident der Kandidat des katholischen Klerikalismus war, der in mehr als einjährigem Studium in Spanien das Francoregime als "beachtlichen Ausdruck christlicher Herrschaftsform" schätzen gelernt hatte...

Das zweite Anschreiben des Papstes vom Ende Februar 1950 wandte sich an die Chilenen. Auch hier eine Mahnung, sich zu einer fest geschlossenen katholischen Front zusammenzufinden. Der Heilige Vater sprach seine allerhöchste Missbilligung über die inneren Kämpfe im politischen Katholizismus in Chile aus, und der Erzbischof in Santiago de Chile erläuterte das Anschreiben dahin, dass "zuerst die Kirche, dann die Politik" die Parole der Katholiken sein müsse. In der Spaltung der katholischen Partei in "Traditionalisten" und "Christlich-Soziale", die die Ursache der päpstlichen Missbilligung darstellte, musste das Eingreifen des Papstes als Hilfestellung für die "Traditionalisten" wirken.

Bis heute stehen der Kirche in Lateinamerika beinahe unbegrenzte Mittel zur Verfügung, um auf "demokratischem" Wege ihre Machtstellung zu verteidigen. Der Klerikalismus finanziert in allen lateinamerikanischen Staaten mindestens eine politische Partei und eine Anzahl von Blättern in Hauptstädten und Provinzen werden nicht nur aus dem Kirchenvermögen erhalten, sondern sogar von Patern

und Mönchen redigiert. Fast in allen Staaten gibt es besondere katholische Universitäten, die oft besser ausgestattet sind als die "neutralen" Staatsuniversitäten und die gerade heute mit neuestem Forschungsmaterial ausgestattet werden. In den Staaten, in denen die Schulen der Oberaufsicht des Klerus entzogen wurden, bestehen katholische Privatschulen (auch für die italienischen, deutschen und englischen Einwanderer), katholische Jugendvereine, Sportklubs (nachdem von Rom aus verkündet wurde, dass Sporttreiben, einschliesslich Schwimmen, nicht unsittlich sei). Auch Rundfunkstationen und Film sind in den letzten drei Jahrzehnten dem katholischen Apparat eingefügt worden.

Manchmal schien es, als ob die Macht des Klerus gebrochen sei, so in Mexiko, wo die Sozialistische Indianerrevolution sogar katholische Kirchen schloss und in Columbien, Chile und Peru, wo auf parlamentarischer Basis Linksregierungen die Trennung von Staat und Kirche streng durchführten. Diese antiklerikale Welle überschlug sich aber, als der Moskauer Kommunismus sich der Führung der Linken bemächtigte. Der Moskauer Fälschungsversuch, Antiklerikalismus mit linientreuem Moskauer Bolschewismus gleichsetzen zu wollen, misslang, der Lateinamerikaner hatte nicht gegen den Papst in Rom gekämpft, um ihn durch den Papst in Moskau zu ersetzen. Und der Boden für die klerikale Gegenoffensive war festgefügt, als sich herausstellte, dass das francistische Spanien auch von den Siegern im zweiten Weltkrieg nicht aus dem Sattel gehoben wurde.

Die katholische Offensive in Lateinamerika ist keine religiöse Erneuerungsbewegung, sondern eine politische Aktion. Ihr Kern ist die Schaffung eines katholischen Weltblocks, der neben dem bolschewistischen und dem angelsächsischen Block in jeder Hinsicht sein bedeutungsvolles Eigengewicht hat. Man erinnert sich in diesen hohen Kreisen des katholischen Klerus der schönen Zeiten Karl V. und Phillips II., in deren Reich "die Sonne nicht unterging". Es ist begreiflich, dass man bei diesem Kampf um einen neuen katholischen Weltblock dort ansetzt, wo die römische Sonne in der Tat nie ganz unterging, im lateinamerikanischen Kontinent.

Justizreform in der Sowjetzone

sp. Auf Anordnung der sowjetischen Kontrollkommission wird in Kürze eine Umorganisation der ostzonalen Justizbehörden erfolgen.

Das Justizministerium ist mit der Ausarbeitung der notwendigen Pläne beschäftigt, wobei die Erfahrungen der Sowjetunion in der Justizreform voll zur Anwendung kommen sollen.

Die neuen Pläne sehen eine Übertragung von Rechten, die bisher der Richterschaft vorbehalten waren, auf die Staatsanwaltschaften

vor, unter anderem das Weisungsrecht gegenüber allen Behörden und Körperschaften der Justiz. Die Landgerichte sollen aufgelöst und

in jede grössere Stadt soll ein Bezirksgericht mit einer selbständigen Staatsanwaltschaft gelegt werden. Diese Gerichte unterliegen

der Beaufsichtigung durch die Kreistage. An der scharfen Kontrolle der Justiz durch die sowjetische Besatzungsmacht hat sich weder

durch die Bildung der Ostzonenregierung etwas geändert, noch wird sie durch die Reform gemildert werden. Die Berichte, die seit 1945

an die SMA gegeben werden mussten, werden heute durch die SKK (Sowjetische Kontrollkommission) angefordert.

Auch die Behandlung der Inhaftierten hat sich verschärft. In einer Kundverfügung des ostzonalen Justizministeriums heisst es,

dass die Aufhebung eines Haftbefehls aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes des Beschuldigten unzulässig sei. Vor den Gerich-

ten mehren sich die Aussagen von Angeklagten, die bei ihren Vernehmungen durch die Volkspolizei misshandelt wurden. Richter, die da-

gegen Einspruch erheben, werden darauf hingewiesen, das gehe sie nichts an. Das Innenministerium der Sowjetzone hat im Einvernehmen

mit dem Justizminister angeordnet, Strafen unter einem Jahr nicht zu vollstrecken, da die Strafenstalten zu überfüllt seien.

In steigendem Masse befassen sich die Gerichte mit politischen Strafprozessen. Am 31.12.49 gab es in den Justizhaftanstalten in

Thüringen 6 383 politische Strafgefangene. Zur Zeit arbeitet man ausserdem an der Vorbereitung eines Gesetzes über die Wiedereinfüh-

rung der Todesstrafe gegen "Spione und Saboteure des Aufbaus in der sowjetischen Besatzungszone", womit man in der sowjetischen Besatzungszone alle die Elemente bezeichnet, die der Sowjetierung Widerstand leisten.

Wirtschaftsexpertenkonferenz in Witten/Ruhr

Vom 26. bis 31. März findet in Witten/Ruhr eine Konferenz von Wirtschaftssachverständigen statt, die von einer Reihe europäischer sozialistischer Parteien, die der Internationalen Sozialistenkonferenz (COMISCO) angeschlossen sind, beschickt wird.

Es werden Fragen der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Struktur der europäischen Grundstoffindustrien und Formen der internationalen Kontrolle behandelt werden. Naturgemäß wird das Problem der Ruhr als ein Schulbeispiel besonders untersucht

werden. Die daran interessierten ausländischen Parteien haben einige hervorragende Delegierte für diese Konferenz nominiert. So

werden zur französischen Delegation die Parlamentsabgeordneten Gazier und A. Philip gehören; auch in der holländischen Delegation

befinden sich zwei Abgeordnete, und zwar der frühere Verkehrsminister H. Vos und der Wirtschaftsberater der holländischen Gewerkschaften, Dr. G. M. Nederhorst.

Aus den skandinavischen Ländern kommen Delegierte, die durch ihre Arbeit in den entsprechenden Ministerien mit den zur Debatte

stehenden Wirtschaftsfragen vertraut sind. Die englische Delegation wird wahrscheinlich vom Generalsekretär der Labour Party,

Morgan Phillips, geleitet werden. Ihr gehören ausserdem an: Wilfred Fienburgh, Sekretär in der Forschungsabteilung der Labour

Party und H. Douglas, der Vertreter der Gewerkschaft Eisen und Stahl im Vorstand der Labour Party.

Die deutsche Delegation setzt sich zusammen aus dem Bundestagsabgeordneten Herbert Kriedemann, Prof. Dr. E. Nölting, Wirtschafts-

minister von Nordrhein-Westfalen, Dr. H. Veit, Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden, Fritz Henssler, Oberbürgermeister von

Dortmund und dem wirtschaftspolitischen Referenten im Parteivorstand der SPD, Rudolf A. Pass.

Neben den Beratungen sind auch Exkursionen durch das Ruhrgebiet geplant, um anhand praktischer Beispiele die zur Diskussion stehenden Fragen zu veranschaulichen.

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau